

Für ein Bündnis von Care Revolution und Degrowth – Teil I

Von Sabine Carl und Mike Korsonewski

veröffentlicht am 14. Juni 2017

Online: <https://care-revolution.org/aktuelles/care-revolution-und-degrowth-teil-i>

*Unser Dank gilt allen Aktiven und Teilnehmenden des Symposiums „Ein Gutes Leben für Alle? Postwachstum meets Gender“, besonders für diesen Artikel Dieter Schmidt und Mike Laufenberg, als auch den Kommundar*innen und Kollektivist*innen aus Niederkaufungen. Weiterhin danken wir dem Redaktionskollektiv dieser Seite für die redaktionelle Hilfe. Wir freuen uns über eine kritische Auseinandersetzung mit weiteren Interessierten.*

Care Revolution und Degrowth sind zwei Antworten auf ein krisengeschütteltes System. Es ist strategisch bedeutsam und clever, auszuloten, welche Verbindungslinien die Bewegungen aufweisen, wo sie sich unterscheiden und wie sie sich solidarisieren und ggf. verbünden können, um gemeinsam an der Vision eines "Guten Lebens für Alle" zu arbeiten.

Wir schließen dabei an einen bereits gestarteten Dialog an: So berichtete Jette Hausotter im März 2014 auf dem degrowth-blog von der Aktionskonferenz, auf der das Netzwerk gegründet wurde (<http://www.degrowth.de/de/2014/03/degrowth-thematisiert-noch-zu-wenig-die-fragen-des-sozialen-wandels-interview-mit-jette-hausotter>), und im Juni 2016 beantworteten Matthias Neumann und Gabriele Winker die Fragen der degrowth-Redaktion im Rahmen der Serie Degrowth in Bewegung(en) (<http://www.degrowth.de/de/dib/degrowth-in-bewegungen/care-revolution>). Auch das troubleeverydaycollective, hat sich in diesem Rahmen zum Thema Care bzw. Reproduktionsarbeit und Postwachstum geäußert und dabei u.a. auf die Care Revolution Bezug genommen (<http://www.degrowth.de/de/dib/degrowth-in-bewegungen/queer-feministische-oekonomiekritik>). Das Jahr 2017 wartet unter anderem mit der Konferenz Care & Postwachstum des Konzeptwerks Neue Ökonomie vom 17. bis 19. November in Leipzig auf (<https://www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org/projekte/care>).

Im Juli 2016 fand in Berlin ein Symposium statt, das sich unter dem Titel „Ein Gutes Leben für Alle? – Postwachstum meets Gender“ der Frage der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse im Postwachstum widmete. Die Autor*innen waren selbst Teil des Organisationsteams und Referent*innen an diesem Tag. Wissenschaftler*innen aus dem universitären Betrieb, Forscher*innen und Multiplikator*innen aus der Praxis und Aktivist*innen aus verschiedenen wachstumskritischen und/oder alternativen Sorge-Strukturen trafen sich zum gemeinsamen Austausch über das, was wir als Praxen des Postwachstums bezeichnen. Zentrale Fragen nach Verteilungsgerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit wurden mit Fragen nach Geschlechtergerechtigkeit besprochen. Geschlechtergerechtigkeit ist hierbei ein von den Organisator*innen gewählter Begriff, der als gleichsam wichtiger strukturpolitischer Wegpunkt, aber auch als Zwischenstation hin zu einer symbolisch-normativen Neuordnung mit dem Ziel der Auflösung der heteronormativen, binären Idealisierung von ‚weiblich‘ und ‚männlich‘ zu verstehen ist.

Als Einstieg in eine Artikelserie wenden wir uns mit dem Blick der Care Revolution möglichen Alternativen in der erwerblichen Pflegearbeit zu und diskutieren Zugänge der Kollektivierung von Für-/Sorge anhand zweier Beispiele. Diese wurden auf dem ersten Podium des Tages: „Care jenseits von Wachstum – am Beispiel der Pflegearbeit“ vorgestellt und nach deren Alternativcharakter zur Pflege im Alter befragt. Nach einer Zusammenfassung des Podiums skizzieren wir beispielhaft, wie die Neuorganisation von Sorgearbeit in der Pflege funktionieren kann. Die praktische Umsetzung alternativer Care-Modelle sollte hierbei in den sozialen, örtlichen und wirtschaftlichen Spannungsfeldern, in denen die besprochenen Projekte be-/stehen, analysiert werden. Sie alle haben mit den neoliberalen Umstrukturierungen des Wohlfahrtsstaates direkt zu tun, was die genannten Spannungsfelder stark mitbestimmt.

Ein Zusammendenken von Care Revolution und wachstumskritischen Analysen und Forderungen erscheint uns aus verschiedenen Beweggründen notwendig: (1) Es ist wichtig der stetigen Verlagerung von sorgenden Arbeiten in private Haushalte, zumeist zu Lasten von Frauen* mit oder ohne Staatsbürger*innenschaft, und darüber hinaus der ‚Verehrenamtlichung‘ von Care als Folge des Abbaus allgemein zugänglicher (öffentlicher) Infrastrukturen, entgegenzutreten, (2) Sorgearbeiten und die gesellschaftliche Stellung von Care muss aufgewertet werden und gehören ins Zentrum bedürfnisorientierten, wirtschaftlichen Handelns, (3) kollektive Versorgungs- und Fürsorgemodelle können Handlungsstrategien bieten, um dies zu erreichen, (4) doch auch diese Modelle sind ebenso von den Herrschaftsverhältnissen betroffen bzw. müssen Stellung beziehen, um sie nicht mitzugestalten. Diese Diskussion wird im zweiten Teil der Artikelserie weitergeführt, um konkrete Anforderungen an Bündnisse zu formulieren.

Transdisziplinärer Dialog: Solidarische Experimente in der professionellen Pflege

Mike Korsonewski (Humboldt Universität Berlin) berichtete von seinen Interviews mit Mitarbeiterinnen* der Tagespflege Lossetal, die im Rahmen seines Forschungsprojekts zu Verknüpfungen von feministischen Ansprüchen an eine Postwachstumsgesellschaft und geschlechtergerechten Pflege- und Sorgepraktiken geführt wurden. Die Tagespflege Lossetal ist ein Kollektivbetrieb der linkspolitischen Kommune Niederkaufungen und auch Mitglied des Care Revolution Netzwerks. Dieter Schmidt, Mitarbeiter der Schwulenberatung Berlin gGmbH und aktiv im Netzwerk „Anders Altern“, teilte auf dem Panel seine Erfahrungen in der Organisation der Pflege-WG im Mehrgenerationshaus „Lebensort Vielfalt“. Beide Referenten beleuchteten, wie Aspekte von Care Revolution und Wachstumskritik in diesen Projekten praktisch miteinander verknüpft sind – auch ohne dass sich die Protagonist*innen zwangsläufig in diesen Bewegungen verorten.

Als Beispiel einer selbstorganisierten Lebensgemeinschaft ist die Kommune Niederkaufungen mit einem Bestehen von über 30 Jahren und dem stetigen Wandel besonders interessant für die Care Revolution- und die Degrowth-Perspektive. Die Kommune basierend auf einem konsensual vereinbarten Grundsatz, welcher u.a. die zweigeschlechtliche, patriarchale Arbeitsorganisation im Kapitalismus kritisiert. Dabei weisen die interviewten Kommunardinnen* eine konsum- und konkurrenzzentrierte Gesellschaft und Wirtschaft, und das Modell der bürgerlichen Kleinfamilie zurück. Letztere diene als Ort der Verdrängung der nötigen Erholung vom Lohnarbeitsstress ins Private, wo alle Bedürfnisse nach

Versorgung und Fürsorge in einem Modell der glücklichen Heterofamilie befriedigt werden sollen. Die Effekte, die damit zumeist einhergehen, nämlich erstens die Ausbeutung der Arbeitskraft von Frauen*, zweitens die Individualisierung und Abwertung von Care-Verantwortung und fürsorglichen Arbeiten gegenüber anderen Formen der Arbeit und drittens das Verkümmern von tiefen Beziehungen und Verbundenheit, besonders außerhalb der Kernfamilie, lehnen die Kommunebewohner*innen ab. Sie begegnen diesen einseitigen Normierungen durch ein selbstorganisiertes System der Umverteilung und Aufwertung notwendiger gesellschaftlicher Reproduktion(sarbeiten). Die Trennung zwischen öffentlicher Produktionssphäre und privater Reproduktionssphäre wird weitgehend aufgelöst. Das fördert die selbstbestimmte Verantwortungsübernahme, gleichermaßen für alle anfallenden Arbeiten, für die eigenen Bedürfnisse als auch für die anstehenden Entscheidungen für die gesamte Kommune.

Die Erfahrung zeigt aber, dass heteronormative, kleinfamiliäre Strukturen inklusive der fortgeführten Feminisierung von Sorgetätigkeiten damit nicht vollständig aufgelöst sind. Die Gefahr besteht, dass diese erneut zum Ausschluss insbesondere von Frauen* von Plena und Entscheidungsprozessen führen können als auch die Nutzung der Gemeinschaftsräume bestimmt. Die Entscheidungsprozesse in den wöchentlichen Plena basieren auf dem Konsensprinzip und nicht auf Mehrheiten. Dafür ist eine breite Informationslage und Zusammenarbeit nötig. Das kann aufwendig und langwierig sein. Für das Mitsprechen und Mitbestimmen brauchen Kommunard*innen daher kommunikative Fähigkeiten, die über ein übliches Konsensverhalten im Alltag hinausgehen und die nötigen Zeitressourcen. Wie Mike Korsonewski erläutert, habe sich allerdings teilweise eine Enthaltungskultur etabliert, so dass mitunter Themen gar nicht erst angesprochen werden. Das romantische Bild der politischen Kommune sollte der Einsicht weichen, dass auch dort Dilemmata und Kämpfe zu bewältigen sind, aus denen alle lernen können.

Somit gilt es weiterhin an funktionierende und herausfordernde Praktiken solidarische und vielfältige Formen der Verbundenheit zu knüpfen, wie im Grundsatzpapier der Kommune ausgewiesen. Dies zeigt sich nicht nur im Zusammenleben sondern auch beim gemeinsamen Arbeiten. Die Kommune betreibt verschiedene Kollektivbetriebe, zu denen die Tagespflege Lossetal zählt, und wirtschaftet in einer gemeinsamen Ökonomie. Die interviewten Kollektivistinnen* berichteten Mike Korsonewski, dass dadurch der Druck, den eigenen Lebensunterhalt vollkommen allein finanzieren zu müssen, nahezu verschwindet. Die gemeinsame Ökonomie ist jedoch nicht gänzlich marktunabhängig, weil die Mehrzahl der Betriebe der Kommune auf Einnahmen durch den Verkauf von Waren und Dienstleistungen außerhalb der Kommune angewiesen ist und sich auch strapaziöse Kassenlöcher einstellen können, was u.U. zu Diskussionen über unterschiedliche Konsumbedürfnisse und Arbeitsverhalten führt. Trotzdem berichten die Kollektivistinnen* der Tagespflege, dass solch eine Form ökonomischer Selbstverwaltung zum Gefühl von Rückhalt, einer hohen Zuversicht und zur bedürfnisgerechten Versorgung im höheren Alter bzw. bei höherem Pflegebedarf führe – für sich selbst und für andere.

Außerdem verändern sich die Zeitbudgets im Vergleich zur 40-Stunden-Woche in einer vergleichbaren Lohnbeschäftigung, da im Kollektiv transparent und möglichst gleichberechtigt über den Dienstplan entschieden wird. Dazu gehört auch, dass Personen, die durch Krankheit, reproduktive Tätigkeiten oder persönliche Krisen weniger Stunden übernehmen können oder sogar ‚ausfallen‘, finanziell und psycho-sozial aufgefangen werden. In der Kommune gibt es dafür z.B. Pat*innenschaften für die kollektivere Gestaltung der Kinderbetreuung und die Kümmererei, was zweierlei meint: zum einen das selbstbestimmte Wählen und Erledigen aller Aufgaben der Geländepflege und Instandhaltung und,

zum anderen, die unterstützende und vermittelnde Begleitung der Kommunard*innen im Alltag durch andere. Trotz der bedürfnisgerechteren Arbeitsorganisation kann auch in der Kommune und im Kollektiv der Arbeitsdruck sehr hoch sein, weil der Grad der Selbstverpflichtung und der Arbeitsethos sehr hoch gehalten werden: „Es kann so vieles getan werden und alle verlassen sich aufeinander“, wie es eine Kommunardin zusammenfasst.

Die Verbindung der Dimension Zeit mit dem kollektiven und lokalen Bewusstsein wird durch den Alltag der Tagespflege Lossetal erfassbar und entsteht in einem wechselseitigen Lernprozess mit der Kommunengemeinschaft. Beziehungsarbeiten und die Pflege von älteren und demenziell erkrankten Menschen verlangen das tiefe emotionale und vertrauensvolle Einfühlen in den*die zu Pflegenden*innen und es müssen dabei mehrere Zeitebenen verhandelt werden, u.a. die unterschiedlichen Zeitempfinden der Pflegeempfangenden als eine mögliche Folge von Demenz, die Zeitmaße zur Benennung und zum adäquaten Nachgehen von Bedürfnissen von Pflegeempfangenden, aber auch zur eigenen Erholung der Pflegenden, als auch entlang der zeitlichen Rahmensetzung zur Ermöglichung eines (alltäglichen, betrieblichen) Ablaufs etc.. Es wird ein gleichberechtigtes Zusammenspiel von Pfleger*innen und Pflegebedürftigen, Gästen wie sie im Umgang im Tagespflegealltag benannt werden, angestrebt, bei dem die Bedürfnisse der letzteren im Fokus stehen, anstelle eines taktierten Versorgens von ‚Patient*innen‘. Die Qualität der Pflege wird sowohl durch die Kommune eigenen Prinzipien wie Konsens, Kooperation, Selbstbestimmung und Nachhaltigkeit der Arbeit, als auch durch die Lernprozesse aus der Interaktion mit den zu pflegenden Gästen erreicht. Diese sind Träger*innen eines gewachsenen, wertvollen „alten Lebens“, wie eine Kommunardin es nennt.

Der Einbezug der zu Pflegenden in die Frage, wie gepflegt werden soll, ist für eine menschenwürdige Versorgung, wie sie die Care Revolution anstrebt, Voraussetzung. Besonders deutlich wird dies, wenn die zu pflegenden Menschen gesellschaftliche Ausschlüsse und gewaltvolle Diskriminierung in ihrem Leben erfahren (haben). Diskriminierungsfreie Räume für ein nicht nur sorgenarmes, sondern auch angstfreies Altern zu schaffen, kann daher als wichtiges Ziel der Neuorganisation von Care angesehen werden.

Der „Lebensort Vielfalt“ der Schwulenberatung Berlin gGmbH mit seiner integrierten Pflege-WG ist für die Umsetzung dieses Anliegens ein Beispiel und stand im Mittelpunkt des Beitrags von Dieter Schmidt. Das Wohnhaus ist als Mehrgenerationenwohnen für ein nachbar*innenschaftlich-unterstützendes Zusammenleben einer heterogenen Bewohner*innenschaft konzipiert. Zurzeit setzt sich diese aus größtenteils schwulen Männer* (60% ältere, 20% jüngere) und 20% Frauen zusammen. Das Alltagsleben wird durch einen ambulanten Pflegedienst für die WG ergänzt.

So gut das Projekt jetzt steht, musste es auch zu Anfang Hürden überwinden, denn Bank und Kreditinstitute waren sehr skeptisch gegenüber der zu erwartenden Rentabilität. Diese Einschätzung beruhte auf der vermuteten, eher geringen Umsatzaussicht durch zunächst vergleichsweise wenige Bewerber*innen für die Wohnungen. Die Umsetzung des Projektes konnte erst durch einige Privatspenden und eine umfangreiche Förderung der Klassenlotterie und der Stiftung Aktion Mensch gewährleistet werden. Die Projektverantwortlichen der Schwulenberatung Berlin gGmbH aus Vorstand und Geschäftsführung mussten hohe ökonomische Risiken tragen, da auch privatwirtschaftliche Kreditinstitute Sorgearbeit als ‚nicht lukrativ‘ und geschäftlich ‚nicht profitabel‘ sehen. Das Netzwerk „Anders Altern“, welches seit 2003 besteht und die Konzipierung des Hauses maßgeblich begleitete, fungiert

einerseits als Plattform zur Begegnung, zum Austausch und Organisation von pflegepolitisch und pädagogisch aktiven Menschen der schwulen Senioren*arbeit und begleitet andererseits die Bewohner*innen des nun seit 2012 bestehenden ersten Hauses inklusive der Pflege WG der Schwulenberatung Berlin gGmbH. Weitere Projekte dieser Couleur sind aufgrund der sehr großen Nachfrage in Planung.

Durch politische und ökonomische Weichenstellung gleich zu Anfang, kann der Lebensort soziale Ungerechtigkeit abmildern. Vier Wohnungen im Nachbarschaftshaus stehen für Menschen mit Grundsicherung bzw. Hartz IV zur Verfügung. Auch die derzeit in der Pflege-WG wohnenden Männer* erhalten durchweg Grundsicherung. Die Miete der einzelnen Wohnungen wird durch eine freiwillige Selbsteinschätzung je nach Einkommen solidarisch aufs ganze Haus umverteilt. Wer kann, zahlt einen Euro mehr pro Quadratmeter.

Dieter Schmidt, der seit Jahren in der Schwulenberatung und im Haus tätig ist, hebt die Praxis der „Kultursensiblen Pflege“ hervor, die den Lebens- und Arbeitsalltag seit der Eröffnung 2012 stetig qualitativ hochwertig hält. Dieses Konzept meint gute Pflege und Versorgung für alle Menschen unter achtsamer Berücksichtigung ihrer individuellen Lebensgeschichte und gleichzeitiger Wahrnehmung und Anerkennung ihrer Vielfalt. Sozial konstruierte Differenzen werden durch die sensibilisierte und bedürfnisorientierte Pflege anerkannt, statt Ausschlüsse und Diskriminierungen bis ins höhere Alter durch inadäquate Pflege zu verstärken. Das Betreuungs- und Pflegepersonal wird dafür bewusst ausgewählt und schwule Lebensweisen und Erfahrungswelten werden quasi Peer-to-peer geteilt. Pflegearbeit kann nach diesem Prinzip zum einen fern ab von standardisierten und eng getakteten Abläufen gemacht werden, wie sie vermehrt in renditeorientierten Betrieben erledigt wird, und wird zum anderen aus stereotypen und geschlechterbinären Verhältnissen enthoben.

Die sozialen Angebote der Schwulenberatung Berlin gGmbH, die im Lebensort Vielfalt mitangesiedelt ist, stehen allen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung – sowohl den Klient*innen als auch den Bewohner*innen des Hauses. Gemeinsame Besprechungen in großer Runde und verschiedene Gesprächskreise des Wohnhauses sollen den Kontakt untereinander fördern und Selbstverständlichkeit im Umgang miteinander und mit den pflegebedürftigen bzw. demenzerkrankten Männern* schaffen. Das Mehrgenerationenkonzept und die relative Nähe aller Bewohner*innen zueinander unabhängig vom Maß der Pflegebedürftigkeit haben einen großen Anteil an der Lebensqualität und dem hohen Maß an Fürsorglichkeit. Die Bewohner*innen sind dadurch nicht mit der Individualisierung und Abhängigkeit einer konventionellen Pflegedienstleistung und Wohnsituation und der damit zusammenhängenden Exklusion durch Diskriminierung im heteronormativen Mainstream konfrontiert. Statt Vereinzelung wird ein Lebensalltag der Vielfalt, wie es der Projekttitel des Lebensortes beschreibt, geschaffen. Es handelt sich um eine kooperative und fürsorgliche Alternative im Umgang mit dem Thema Alter – ein Thema das in queeren Szenen genauso wie gesamtgesellschaftlich nicht selten als ‚unattraktiv‘ gilt.

Der Pflegedienst für die Pflege-WG, der aus weiblichen* und – überwiegend – männlichen* Pfleger*innen, hetero- wie homosexuellen, besteht, organisiert das Mittagessen, weshalb die Versorgung als geschlechtergerecht geteilt betrachtet wird. Im Sinne der „Kultursensiblen Pflege“ wird auch darauf geachtet, dass das Pflegeteam zur Hälfte schwul sein sollte, um eine größtmögliche Vertrautheit mit der Lebenswelt der Bewohner* gewährleisten zu können. Die Pflegeleitung übernimmt ebenfalls ein

schwuler Mann. Den Bewohnern* der WG, die ihr Lebensumfeld möglichst aktiv mitgestalten sollen und können, wird freigestellt, mit zu kochen, wenn sie dazu Lust haben: „Niemand muss, aber alle können“, so Dieter Schmidt. Dies klingt zunächst sinnvoll, auch in Bezug auf die komplexen und sich stark voneinander unterscheidenden Krankheitsbilder der Bewohner*. Es führt jedoch dazu, dass viele, die vorher keine Lust aufs Kochen hatten, sich jetzt auch nicht beteiligen und notwendige Arbeiten nicht von vielen und unterschiedlichen Menschen sondern zumeist von den ambulanten Pfleger*innen erledigt werden. Ein frei stellen führt also nicht notwendigerweise zu individueller Veränderung und einer kritischen Verschiebung vergeschlechtlichter Arbeitsorganisation. Kann einer solchen Arbeitsorganisation durch die Zusammensetzung der Pflegenden und die geschlechtsübergreifend Verteilung von Haus- und Sorgearbeit innerhalb des Pflegedienstes entgegen gewirkt werden? Inwiefern lässt sich bei den Pflege-WGs eine Alternative zur tradierten Feminisierung von Sorge- und Hausarbeit feststellen?

Alternative Pflegemodelle – transformativ oder systemstabilisierend?

Mike Laufenberg (TU Berlin) ist akademisch und politisch am Thema Sorgearbeit dran. Er stellte auf dem Podium eine Analyse des Spannungsfeldes vor, in dem sich Postwachstumspraxen und alternative Care-Modelle bewegen. In diesem Sinne kommentierte er: „ Projekte und Praxen [wie die skizzierten, d.A.] sind wichtig, da wir in Zeiten leben, in denen die kapitalistische Wachstumsideologie an Legitimation eingebüßt hat.“ Es sei eine große Chance, genau da aktiv zu werden und Alternativen zu formulieren. Unserer Meinung nach sind diese Alternativen bitter nötig, um konservativen bis nationalistischen, restaurativen Bestrebungen etwas entgegenzusetzen. Darüber hinaus können die beschriebenen Praxen und damit einhergehende Erfahrungen, unserer Ansicht nach dazu beitragen, um größere Teile der Bevölkerung (nicht nur akademische Zirkel) von der Umsetzbarkeit und Lebbarkeit der Ideen von Postwachstum und Care Revolution zu überzeugen.

Mike Laufenberg hebt anschließend hervor, dass selbstorganisierte und an den Bedürfnissen von Communities ausgerichtete Pflegeeinrichtungen emanzipatorisches und transformatives Potenzial haben. Jedoch können sie auch als Stütze einer wohlfahrtsstaatlichen Strategie kritisiert werden, in der die Last der Sorgearbeit auf die Individuen (rück-)übertragen wird. Alternative und kollektive Projekte können systemstabilisierend wirken. Für den neoliberalen Staat bestehe somit, so Laufenberg, eine verlässliche Auslagerung notwendiger reproduktiver Arbeiten auf kollektive und alternative Organisation, welche die dramatischen Auswirkungen des drastischen Abbaus wohlfahrtsstaatlicher Leistungen bisher größtenteils auffangen würde. Gefördert werden lediglich Projekte, die genau diesem Credo (zwangsläufig) folgen. Eine gesellschaftliche Verständigung über gute Sorgearbeit voranzubringen, wird aber von staatlicher Seite versäumt. Eine grundlegende Veränderung der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung wird verfehlt, die aber unabdingbar ist um die ausschließliche Binarität von Geschlecht und die damit verbundenen Ungerechtigkeiten aufzuheben, die wir als Teil des Weges hin zu einer nachhaltigen, sozial gerechten Gesellschaft sehen

Wichtig ist zudem, möchten wir ergänzen, dass neben der Frage, wer welche Arbeiten macht, verstärkt auch danach gefragt wird, wer Zugang zu diesen (kollektiven) Arrangements hat. Wer hat Zugang zu z.B. öffentlichen Fördergeldern und den geförderten Institutionen und wer nicht? Welche Stadtteile

und Bevölkerungsgruppen werden übergangen, abgehängt und dadurch bis an den Rand ihrer Reproduktionsfähigkeit getrieben? Für wen geht es nicht ums gute Leben, sondern darum, überhaupt erst einmal darum, zu überleben?

Das von Mike Laufenberg geschilderte Spannungsfeld stellt Care Revolution und Degrowth Engagierte vor Herausforderungen. Soll das transformative Potenzial der kollektiven und alternativen Praxen seine Wirkung entfalten, so muss ein Wandel auf mehreren Ebenen vorangetrieben werden. Demokratische, soziale Infrastrukturen und kooperative solidarische Sorgepraxen müssen Hand in Hand gehen mit dem Engagement für eine angst- und gewaltfreie Gesellschaft und der Verbindung sozialer Kämpfe, die das Wegfallen lebensnotwendiger Grundlagen wie körperlicher Unversehrtheit, Selbstbestimmung über den eigenen Körper, geschlechtlicher bzw. geschlechtsdevianter Identität und des sexuellen Begehrens, Wahl der Wohnung und Freiheit zu migrieren und den Lebensmittelpunkt zu wechseln.

Und es braucht eine Umverteilung (Commoning) von Gütern, Geld, Zeit und Arbeit, welche sich gegen die Ungleichheit entlang von sozialer Konstruktionen von Sexualität, Klasse, Behinderung und von geschlechtsspezifischen, rassistischen und ethnizierenden Strukturen richtet.